

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

119/23

ZIMBABWE

Manipulierter Wahlprozeß

SÜDAFRIKA

Taxistreik in Kapstadt

ÖSTERREICH

Kein Blick über den Tellerrand



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtpaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

5. Dez. 2023
30 Jahre
SADOCC

NAMIBIA 2024

Arbeit – Alltag – Freizeit

Neuer Kalender der Österreichischen Namibia-Gesellschaft

Mit Bildern von Astrid Esterlus, Elke Stadlmayer, Leigh Williams, Lydia Williams und Sarah Zauner.

Ideal als Weihnachtsgeschenk!

Erhältlich gegen eine Spende von (mindestens) 25 Euro plus Porto 5 Euro auf das BAWAG-Konto lautend auf

„Österreichische Namibia-Gesellschaft“

IBAN: AT69 6000 0000 9200 0111

Kennwort: Kalender 2024.

Der Reinertrag kommt – wie schon 2022 – dem Frauenhaus Friendly Heaven in Windhoek zugute.

Für Bestellungen und Rückfragen

namibia@sadocc.at



3 Wahlen in Zimbabwe

Selbst SADC-Wahlbeobachter stellen
Unregelmäßigkeiten fest



Illegaler Sandabbau 4

Was könnte BRICS plus bringen? 11

12 Kapstadt im Verkehrschaos

Wie die Raumordnung der Apartheid
die Taxi-Mafia begünstigt

14 Informationsfreiheit in Afrika

In Windhoek fand eine aufschlußreiche
Tagung dazu statt

16 Kein Globaler Süden im ORF

Sebastian Ludescher hat die Berichterstattung
der ZiB über die Dritte Welt untersucht –
das Ergebnis ist katastrophal

Abschlußbericht der Fine Commission 22

Nelson Mandela-Denkmal II 23

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Eric Burton, Freya Grünhagen, Ray Hartley, Janina Hubmann, Sebastian Ludescher, Greg Mills, Jeffrey Moyo/ips und Walter Sauer. **Fotos:** BMKÖS/HBF/Trippolt, BMLV/Paul Kulec, Astrid Esterlus, FESNAM, Janina Hubmann, Sebastian Ludescher, Jeffrey Moyo/ips (Titel), Alois Reisenbichler, Birgit Reiter, SADOCC, Andreas Schieder, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. September 2023. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Hel-muth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.

119/23 INDABA

»Unfrei und unfair«: Wie weiter in Zimbabwe?

Daß die Regierungspartei in Harare ihre Mehrheit auch diesmal nur durch massiven Wahlbetrug sichern konnte, stellt eine innenpolitische, nicht zuletzt aber auch eine regionalpolitische Herausforderung dar. Immerhin hat sich die Southern Africa Development Community (SADC) den Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben. Nicht zuletzt in Südafrika werden Forderungen laut, die Strategie gegenüber dem seit Jahrzehnten kriselnden Nachbarstaat zu überdenken.
Von Greg Mills und Ray Hartley.

Die regierende Zanu-PF in Zimbabwe hat gesiegt – aber in einer Wahl, die so manipuliert war, daß selbst die gewöhnlich unterwürfige SADC sie im Wesentlichen für unfrei und unfair erklärte. Ihre Beobachtungsmission stellte fest, daß „Aspekte der harmonisierten Wahlen nicht den Anforderungen der Verfassung Zimbabwes, des Wahlgesetzes und der SADC-Prinzipien und -Leitlinien für demokratische Wahlen (2021) entsprachen“.

Gegenteilig fiel hingegen die Reaktion des Commonwealth aus. Abschließend heißt es hier: „Unsere allgemeine Einschätzung des Wahlprozesses ist, daß er gut durchgeführt wurde und friedlich verlief.“ Vielleicht waren SADC und Commonwealth in verschiedenen Ländern?

Für den Commonwealth bedeutet „gut durchgeführt“ offenbar auch, daß viele Wahllokale erst in der Abenddämmerung öffneten und den größten Teil des Wahltages keine Stimmzettel aushändigten, sodaß ein zweiter Tag

mit ebenso schlecht geführten Wahlen nötig wurde. Sie zeigten sich auch unbeeindruckt von den Sicherheitsvorkehrungen, mit denen Zimbabwes Nichtregierungsorganisationen daran gehindert werden sollten, die Wahl zu beobachten, und von der Drosselung des Internets. Leider sind die Beobachter/innen des Commonwealth also auf eine Methode der Wahlmanipulation hereingefallen, die sich durchgesetzt hat: Töte niemanden am Wahltag, während die Beobachter/innen ernsthaft Notizen machen, aber kontrolliere den Auszählungsprozeß, der unweigerlich hinter verschlossenen Türen stattfindet.

Das Ergebnis ist schlecht für die Zimbabwerinnen und Zimbabwer, wie der altgediente Oppositionsführer und ehemalige Finanzminister von Zimbabwe, Tendai Biti, erklärte: „Millionen von Zimbabwern hofften auf Veränderung. Sie hofften, von der Geißel der Arbeitslosigkeit, der Armut, der verfallenen Infrastruktur, der zusammengebrochenen öffentlichen Dienste,

Wahlen in Zimbabwe

Zwar ohne massive Gewalttätigkeit, aber unter offenkundigen Manipulationen im Vorfeld und teilweiser Einschüchterung von Wähler/innen am Wahltag selbst wurden am 23. August die turnusmäßigen Präsidenten-, Parlaments- und Regionalwahlen („harmonisiert“) abgehalten. Wie weithin erwartet sicherte sich Amtsinhaber Emmerson Mnangagwa (ZANU PF) – im November 2017 an die Stelle des vom Militär gestürzten Robert Mugabe getreten (INDABA 96/17) – eine zweite Amtszeit. Wie die regierungskontrollierte *Zimbabwe Electoral Commission* (ZEC) am 26. August bekanntgab, entfielen auf den 80-jährigen Mnangagwa 52,6 % der abgegebenen Stimmen, auf seinen Gegenkandidaten Nelson Chamisa, den 45-jährigen Vorsitzenden der oppositionellen *Citizens Coalition for Change* (CCC), 44 %.

Bei den Wahlen zur *National Assembly* erhielten Zanu PF 136 Sitze und CCC 73; nach Einrechnung der Frauen- und Jugendmandate ist das Verhältnis 176 zu 103. Die Regierungspartei blieb damit unter der erhofften Zweidrittelmehrheit, die nötig wäre, um allenfalls die Verfassung zu ändern und Mnangagwa eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Im *Senate* stehen 33 Abgeordnete der Regierungspartei 27 der Opposition gegenüber. Getrübt ist der Wahlerfolg von ZANU PF allerdings durch die von fast allen Wahlbeobachtungsdelegationen – selbst von der üblicherweise regierungsfreundlichen Mission der *Southern Africa Development Community* (SADC) – registrierten Anzeichen massiven Wahlbetrugs. Insidern zufolge soll der ehemalige moçambikanische Präsident Joaquim Chissano deshalb versucht haben, Mnangagwa zur Bildung einer Einheitsregierung zu überreden, wie sie 2009 schon einmal bestand (INDABA 61/09). Dem Plan werden angesichts von Widerständen in ZANU PF und Chamisas Ankündigung, das Wahlergebnis anzufechten, allerdings geringe Chancen eingeräumt.

Wird Südafrika also seinen opportunistischen Ansatz in der Außenpolitik fortsetzen, bei dem es das Licht der Demokratie unter dem Scheffel der Unterwürfigkeit gegenüber China und Rußland versteckt hat? Biti zufolge: *„Was auch immer Südafrika tut oder nicht tut, die SADC muß auf jeden Fall auf der Grundlage ihres vorläufigen Berichts handeln. Nachdem die SADC zu dem Schluß gekommen ist, daß die Wahlen nicht frei und fair waren, muß sie Korrekturmaßnahmen ergreifen und die erforderliche Handlungsfähigkeit und Führung gewährleisten.“*

Für Umweltschützer Happison Chikova ist klar, daß der illegale Sandabbau zu Problemen für die Natur führt – vor allem in Gebieten mit hohen Niederschlagsmengen: „*Die Sandwilderer beschädigen die Vegetation durch ihre tiefen und breiten Gruben, die während der Regenzeit überflutet werden.*“ Die Gefahr von Überschwemmungen steigt.

wird Umweltproblem

Die Behörden in Chitungwiza führen regelmäßig Razzien durch, um die Sandwilderei zu unterbinden. Oft stehen sie aber auf verlorenem Posten. *„Aufgrund unzureichender Ressourcen können wir nicht genug Razzien durchführen, und so kehren die Sandwilderer immer wieder zu ihren illegalen Aktivitäten zurück. Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel“*, sagt Lovemore Meya, der PR-Beauftragte der Stadt.

Sandwilderer Melford Mahimba weiß, wie das Spiel läuft: *„Die Behörden verjagen uns, aber wir kommen im Handumdrehen zurück. Manchmal nehmen Sie uns sogar fest. Dann bestechen wir die Beamten und Beamtinnen und machen einfach weiter.“*

Unterdessen läuft das Geschäft mit Sand wie geschmiert. Die Kund/inn/en sind hauptsächlich Personen, die Häuser bauen wollen, sich aber die hohen Baustoffpreise nicht leisten können. Für die Sandwilderer sind die Gewinne beträchtlich. *„Der Sand kostet sechs bis acht US-Dollar pro Kubikmeter“*, erzählt Mahimba. Mit Ausnahme der Bestechungsgelder für die Behörden hätten die Sandwilderer kaum Kosten, so der 34-Jährige.

In der Stadt Masvingo im Südosten des Landes kämpft der Umweltaktivist Kudakwashe Muriu indes gegen die Landverödung. Er macht die Regierung dafür verantwortlich, daß dem illegalen Sandabbau kaum Einhalt geboten werden kann.

„Sandwilderer sind oft Jugendliche mit guten Verbindungen zur Regierungspartei ZANU-PF“, meint Muriu. *„Sie werden von der politischen Führung geschützt. Das macht es sehr schwierig, sie zur Ordnung zu rufen.“* ZANU-PF ist in Zimbabwe seit dem Jahr 1980 an der Macht.

Jeffrey Moyo (ips)



Präsident Mnangagwa bei der Stimmabgabe

Die SADC könnte ihrem eigenen Präzedenzfall folgen: *„Als Mugabe die Stichwahl 2008 dreist und gewaltsam stahl, beauftragte sie den damaligen Präsidenten Thabo Mbeki, den Dialog über eine interne Lösung in Zimbabwe zu erleichtern. Jegliche Intervention oder Lösung der Krise in Zimbabwe muß jedoch auf Demokratie und der Achtung des Willens des Volkes beruhen. Eine Bevorzugung der Stabilität gegenüber der Demokratie wäre eine Katastrophe“*, so Biti. *„Jede Intervention muß ein inklusiver Prozeß sein, der die breite Masse der Zimbabwer/innen und Zimbabwer einbezieht. Darüber hinaus muß eine solche Intervention die enormen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Reformen erkennen, die durchgeführt werden müssen. Und schließlich muß jede Lösung angesichts des Militärputsches vom November 2017 auch eine Reform des Sicherheitssektors berücksichtigen. Angesichts des enormen Handlungsbedarfs in Zimbabwe ist eine proviso-*

rische Regierung oder eine nationale Übergangsbehörde eine erwägenswerte Möglichkeit.“

darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die leidgeprüfte Opposition in Zimbabwe reagieren soll. Kurzfristig wird sie beweisen müssen, daß sie gewonnen hat, indem sie die V11-Berichte (Formulare mit den Wahlergebnissen der Wahllokale) auswertet, um ihr Ergebnis zu ermitteln. Da diese Formulare auf der Ebene der Wahllokale erstellt werden, ist die Wahrscheinlichkeit am geringsten, daß sie verfälscht werden, und sie werden einen genauen Hinweis darauf geben, was bei der Wahl wirklich passiert ist.

Längerfristig wird die oppositionelle Bürgerkoalition für den Wandel (CCC) jedoch ihre Wahlstrategie überdenken müssen. Zwar hat die CCC an Unterstützung gewonnen und eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit der Zanu-PF verhindert, doch reicht dies nicht aus, um das Land aus dem wirtschaftlichen Sumpf zu ziehen. Im Gegenteil, es könnte sogar dazu führen, daß das Parlament von seiner Aufgabe entbunden wird, die Ausübung der Exekutivgewalt zu kontrollieren.

Die CCC hat versagt, weil sie glaubte, die Rechtschaffenheit ihrer Mission würde ausreichen, um ihr Ergebnisse zu sichern. Sie hätte lieber aus dem Wahlsieg Hakainde Hichilemas im benachbarten Zambia im Jahr 2021 lernen sollen (INDABA 111/21). Hichilema nämlich hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Er baute ein System mit umfassender Überwachung und Beobachtung in allen Wahllokalen und während der Aus-



Kundgebung der Opposition

zählung auf. Seine UPND-Partei schränkte den Spielraum für Manipulationen ein. Darüber hinaus hat er sich eine nationale Basis geschaffen, indem er fleißig ethnienübergreifende Unterstützung aufgebaut hat. Um sich abzusichern, etablierte er außerdem ein System internationaler Bündnisse, das die Beobachter/innen wachsam halten sollte.

In Zimbabwe hingegen zeugte der Ausschuß einiger CCC-Mitglieder von der Kandidatenliste von der Unsicherheit der Parteiführung. Der CCC hat auch seine internationalen Beziehungen schlecht gepflegt; sein Führer zog es vor, nicht zu Veranstaltungen zu reisen, die für die Unterstützung und Finanzierung wichtig gewesen wären. Wenn sich die CCC von ihrer Niederlage erholt, wird sie eine breite interne und internationale Unterstützung aufbauen müssen. Sie sollte eine Ausweitung und Verschärfung der Sanktionen gegen das illegitime Regime Zimbabwes fordern. Sie muß die internationale Gemeinschaft – einschließlich des rückgratlosen Commonwealth und der Afrikanischen Union – fragen, ob ihre elitären Inter-

essen wirklich über den Menschenrechten stehen. Den Westen muß die CCC auffordern, der Demokratie eine Chance zu geben, indem er dem Autoritarismus den finanziellen Sauerstoff entzieht.

Die Demokratie hat in der vergangenen Woche in Zim-

babwe einen weiteren Rückschlag erleiden. Wenn die Fäulnis dort nicht gestoppt wird, wird das dieses Mal auch in Südafrika und darüber hinaus Folgen haben.

Weiche Hoffnung gibt es für Demokraten, wenn andere Demokraten ihnen nicht zu Hilfe kommen, während die Autoritären sich gegenseitig unterstützen?

In Südafrika steht 2024 eine wichtige Wahl an, bei der der regierende ANC voraussichtlich zum ersten Mal unter 50 % fallen wird. Die blühende Romanze des Landes mit Ländern wie China, Rußland und dem Iran erweckt nicht gerade das Vertrauen, daß hier die Demokratie um jeden Preis verteidigt wird. Auch das Schweigen zu der Wahl im Norden wird die Skepsis gegenüber den Absichten des ANC verstärken.

Der Kommentar von Greg Mills und Ray Hartley erschien ursprünglich am 28. August 2023 im Daily Maverick (www.dailymaverick.co.za/article/2023-08-28-unfree-unfair-the-post-election-danger-of-harares-unchecked-course/) und wurde gekürzt. Kommentare entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der INDABA-Redaktion.

Just do it

Nun, da der Wahltag vorbei ist, besteht der nächste Schritt einer aktiven Zivilgesellschaft darin zu prüfen, was Ihre gewählten Vertreter/innen im Wahlkampf versprochen haben, und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Im Vorfeld der Wahl haben die Vertreter der Zanu PF wiederholt gesagt, die Regierungspartei würde nicht mit einem Manifest in den Wahlkampf ziehen, aber auf ihrer Website wurden 7.000 Projekte der Präsidentschaft Mnangagwa vorgestellt, vom Grenzposten Beitbridge bis hin zu zehn Bohrlöchern. Unsere Freunde vom Sivio-Institut haben daher die Fortschritte der Zanu PF bei der Verwirklichung der Ziele ihres Wahlmanifests 2018 verfolgt. Demzufolge enthielt das Manifest 234 Versprechen, von denen Zanu PF sieben gebrochen, 16 erfüllt und bei 187 Fortschritte gemacht hat. Die größten Fortschritte wurden in der Landwirtschaft (74%), die die geringsten bei den sozialen Diensten (42 %) erzielt. Wenn Sie also von einem Abgeordneten der Zanu PF vertreten werden, ist die Website von Sivio eine großartige Ressource, um zu sehen, welche Versprechen die Zanu PF erfüllt hat und welche noch ausstehen.

Das Manifest der CCC wurde kritisiert, weil es zu ehrgeizig ist und keine Details enthält, wie diese Agenda erreicht werden soll. Ohne eine Mehrheit im Parlament wird die CCC höchstwahrscheinlich aber ohnehin kaum in der Lage sein, ihr Manifest umzusetzen. Wenn es in Ihrer Region einen CCC-Stadtrat oder MP gibt, ist es dennoch wichtig zu wissen, was in ihrem Manifest steht, damit Sie ihr Abstimmungsverhalten, ihre Debatten im Parlament und ihre Aktionen vor Ort verfolgen können, um zu beurteilen, ob sie ihr Wort halten.

Speziell für die Einwohner von Bulawayo und Matabeleland hat CITE eine Reihe von Profilen und Kurzinterviews auf seiner Website und in den sozialen Medien veröffentlicht, um den Wählern zu helfen, ihre Abgeordneten und Ratskandidaten kennenzulernen und zu erfahren, wofür sie stehen. Recherchieren Sie also ein wenig. Sie können Ihre Abgeordneten in den sozialen Medien besuchen und herausfinden, ob sie Versprechungen gemacht haben, auf die Sie achten können.

Kubatana Trust



Schieder (SPÖ): Wahlen unter erschwerten Bedingungen

Andreas Schieder, SPÖ-Delegationsleiter im EU-Parlament, leitete dessen Wahlbeobachtungsmission in Zimbabwe. Die Gruppe, die von der Regierung in Harare eingeladen worden war, bestand aus sieben MEPs und besuchte Harare, Marondera und Umgebung sowie Chinhoyi.

Bei einer abschließenden Pressekonzferenz kritisierte Schieder Durchführung und Ausgangslage der Wahlen: „Bereits im Vorfeld herrschte ein Klima der Einschüchterung, das zu einer Selbstzensur der oppositionellen Kandidat/innen führte. Rechte wie Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung wurden massiv eingeschränkt, Hürden für Kandidaturen erhöht, und der Mediendiskurs wurde stark von ZANU-PF beeinflusst. Auch die Wahlbeobachtungsmission der EU war von einer Desinformationskampagne betroffen. Zudem trugen zwei Gesetze zur weiteren Einschränkung der Demokratie und Grundfreiheiten bei und nahmen somit

auch einen negativen Einfluß auf die Wahlen. Besonders schockierend war die Verhaftung von 39 lokalen Wahlbeobachter/innen während unseres Aufenthalts. Sie wurden auf unseren Druck hin wieder freigelassen. Betrachtet man all diese Faktoren, ist es keine Überraschung, dass das so knappe Wahlergebnis von der Opposition, aber auch international, infrage gestellt wird.“ Schieder bemängelte auch Versäumnisse am Wahltag selbst: „Insbesondere im städtischen Raum, wo der oppositionelle Kandidat in Umfragen vorne lag, konnten erhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung der Wahl festgestellt werden. Menschen mußten stundenlang bei enormer Hitze ausharren, um wählen zu können, weil Stimmzettel zu spät geliefert wurden.

Daß trotzdem so viele Menschen ihre Stimme unter diesen erschwerten Bedingungen abgegeben haben, zeigt, wie sehr die Bevölkerung in Zimbabwe nach Demokratie und Veränderung strebt.“ (SPÖ/SK)

Voraussichtlich am 16. November wird Andreas Schieder in der SADOCC-Bibliothek über seinen Einsatz als Wahlbeobachter in Zimbabwe berichten.

... spektrum ...

Jacob Zuma – Justizposse oder Staatsweisheit? Verwirrung hinterließ zunächst eine Pressekonferenz von Justizminister Ronald Lamola (INDABA 118/23) und dem *National Commissioner of Correctional Services*, Makgothi Thobakgale, über die weitere Vorgangsweise im Fall Zuma. Der frühere Präsident war im Juli 2021 wegen Mißachtung einer Anordnung des Verfassungsgerichtshofs zu 15 Monaten Haft verurteilt worden, hatte davon aber nur zwei abgebüßt, weil er im September aus medizinischen Gründen vorläufig entlassen wurde. Ein Antrag von Zumas Anwälten, die Entlassung in eine dauerhafte umzuwandeln, wurde Mitte 2023 jedoch vom Obersten Appellationsgerichtshof abgelehnt. Daher Handlungsbedarf für die Politik: Rein rechtlich hätte Zuma wieder inhaftiert werden müssen – aber womöglich um den Preis neuerlicher sozialer Unruhen, ja Umsturzversuche seitens seiner Anhänger wie 2021 (INDABA 111/21).

Richter Raymond Zondo, Vorsitzender der Untersuchungskommission zu State Capture



Für Präsident Ramaphosa wog dieser zweite Gesichtspunkt offenbar schwerer, doch mußte gleichzeitig eine rechtskonforme Vorgangsweise eingehalten werden. Dieser zufolge erschien Zuma zwar am frühen Morgen des 11. August in den *Est-court Correctional Services*, um seine Haftstrafe anzutreten, wurde eine knappe Stunde später jedoch aufgrund einer Spezialamnestie des Präsidenten entlassen – und diesmal dauerhaft. Wie Minister Lamola zu erklären versuchte, hatte Ramaphosa außertourlich mehr als 9.000 Gefangene, denen keine Gewalttaten vorgeworfen wurden, begnadigt – mit der Absicht, „die Gefängnisse zu entlasten“. Die Aktion sei also keineswegs auf den früheren Präsidenten zugeschnitten. Während das Zuma-Lager die Entwicklung triumphierend begrüßte, sprachen Expert/inn/en sowie die Opposition dennoch von einer „Verhöhnung“ der Justiz.

Nach wie vor sieht sich der ehemalige Präsident allerdings mit zahlreichen Gerichtsverfahren wegen Korruption konfrontiert. Und ob seine Rolle bei der versuchten Übernahme der staatsnahen Industrie und von Regierungsfunktionen durch Wirtschaftskriminelle („state capture“), aufgedeckt durch die *Zondo Commission*, rechtliche Folgen haben wird, wird auch abzuwarten sein. (INDABA 100/18).

Buthlezi verstorben. Mangosuthu („Gatsha“) Buthlezi, langjähriger traditioneller Premierminister des Zulu-Königtums und Widersacher des ANC, ist am 9. September nach längerem Krankenhausaufenthalt im 95. Lebensjahr verstorben.

Buthlezi, dessen bemerkenswerte Karriere sich über fünf Jahrzehnte erstreckte, war einer der kon-

troversesten Politiker Südafrikas. Er wurde 1928 als Sohn von Prinzessin Magogo, der Schwester von König Solomon kaDinizulu, in Mahlabathini in Zululand geboren. An der *University of Fort Hare* trat er der ANC-Jugendliga bei, wurde von der Universität 1950 aufgrund seiner Beteiligung an Protesten entlassen und schloß sein Studium in Durban ab. 1953 konnte er sich gegen seinen älteren Halbbruder als Chef des Buthlezi-Clans etablieren und wurde ein Jahr später von König Cyprian kaSolomon zum „traditional prime minister“ ernannt.

1970 wurde das Zululand von der Apartheid-Regierung zum Homeland erklärt, und Buthlezi wurde *Chief Executive Councillor* (später *Chief Minister*). 1975 gründete er die „kulturelle Bewegung“ *Inkatha Yenkululeko we Sizwe*, als deren Präsident er bis 2019 amtierte und die einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung seiner Macht leistete. Daß er – anders als Matanzima in der Transkei – eine sog. Unabhängigkeit von KwaZulu ablehnte, trug ihm Popularität ein, ebenso sein Eintreten für die Freilassung Nelson Mandelas.

Daß er aber in wichtigen Fragen das Regime in Pretoria unterstützte, ab 1976 gewaltsam gegen protestierende Anhänger/innen des *Black Consciousness Movement* vorgehen ließ und 1978 den ANC-freundlichen Generalsekretär von Inkatha, Sibusiso Bhengu, absetzte und ins Exil trieb, brachte ihn allerdings immer stärker in Mißkredit. Mit der Gründung der *United Democratic Front* (UDF) 1983, die sich gegen die Homelandpolitik positionierte und den ANC unterstützte, eskalierten die Konflikte.

Mehr als 20.000 Menschen wurden in einem Bürgerkrieg niedriger Intensität getötet, der in KwaZulu und Teilen von Transvaal ausgetragen

wurde und in dem sowohl die Polizei von KwaZulu als auch die von der *South African Defence Force* ausgebildeten Inkatha-Kämpfer eine Schlüsselrolle spielten. Wie die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) später feststellte, war die von Pretoria und Buthelezi geplante *Operation Marion* für zahlreiche Morde an ANC- und UDF-Aktivistinnen verantwortlich (die TRC nannte ihn später den „primären nicht-staatlichen Verursacher der Gewalt“). Buthelezi hingegen präsentierte sich als „Opfer einer ANC-Aggression“, was bei konservativen Medien und politischen Parteien Europas (auch bei der ÖVP) Anklang fand. Als es nach der Freilassung Mandelas 1990 zu Verhandlungen kam, erwies sich Buthelezi als Blockierer und versuchte (ergebnislos), die ersten freien Wahlen 1994 zu boykottieren.

1994 wurde Buthelezi in das neue Parlament gewählt und von Mandela als Innenminister in die erste demokratische Regierung Südafrikas berufen. Während Abwesenheiten Mandelas und seines Stellvertreters Mbeki amtierte er als Staatsoberhaupt; so autorisierte er im September 1998 die Intervention der südafrikanischen Armee in Lesotho. Da die zunehmend fremdenfeindliche Ausrichtung des Ministeriums kritisiert wurde, gehörte er seit 2004 der Regierung nicht mehr an, sondern blieb als Abgeordneter der Opposition im Parlament. Jüngere Konkurrent/innen innerhalb der Inkatha Freedom Party schaltete er rücksichtslos aus. Nach dem Tod von König Zwelithini 2021 spielte Buthelezi als traditioneller Premierminister noch einmal eine zentrale Rolle bei der Ernennung und Einsetzung seines Nachfolgers, König Misuzulu kaZwelithini. Anfang 2023 jedoch verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den bei-

den, nachdem der Monarch den Vorsitzenden des *Ingonyama Trust Board* wegen Korruption entlassen hatte. Nur Buthelezis Tod verhinderte eine weitere Eskalation.

Weitere Amtssprache in Südafrika. Präsident Cyril Ramaphosa hat während einer Zeremonie in den Union Buildings in Pretoria die Gebärdensprache zur 12. nationalen Sprache erklärt. Dies, nachdem die Nationalversammlung im Mai beschlossen hatte, Abschnitt 6 der Verfassung zu ändern und darin die *South African Sign Language* (SASL) als Amtssprache aufzunehmen, um die Rechte von gehörlosen und schwerhörigen Menschen zu fördern.



Ramaphosa mit Gebärdendolmetscherin

Südafrika ist nun das vierte Land in Afrika, das die Gebärdensprache als Amtssprache anerkennt – neben Kenya, Zimbabwe und Uganda. Laut World Atlas erkennen insgesamt 41 Länder, darunter nun auch Südafrika, die Gebärdensprache als Amtssprache an; 26 davon liegen in Europa, sechs in Südamerika, zwei in Ozeanien, Asien und Mexiko in Nordamerika. Claudine Storbeck vom *Centre for Deaf Studies* an der Universität von Witwatersrand sprach von einer überfälligen Anerkennung der Bemühungen der Gehörlosengemeinschaft, die sich in den letzten 25 Jahren für dieses Gesetz eingesetzt habe.

Oppositionspakt in Südafrika.

Sieben politische Parteien haben sich Mitte August in Südafrika darauf geeinigt, ihre Kräfte im Vorfeld der Parlamentswahlen 2024 zu bündeln, um von der abnehmenden Wählerzustimmung gegenüber dem regierenden ANC zu profitieren. Während in den kommenden Monaten eine vollwertige politische Vereinbarung erarbeitet werden soll, wurden aus der zweitägigen *Multiparty National Convention* in Kempton Park, die von dem unabhängigen Politologen William Gumede moderiert wurde, nur einzelne inhaltliche Absprachen bekannt.

So verpflichteten sich die Parteien in dem von der *Democratic Alliance* (DA) initiierten sogenannten *Moonshot Pact*,

weder mit den *Economic Freedom Fighters* (EFF) noch mit dem *African National Congress* (ANC) eine Koalition einzugehen oder zu kooperieren. Laut Gumede wurde auch ein Mechanismus der Machtteilung, der Zuteilung von Regierungspositionen und der Parlamentsmandate auf Basis des Wahlergebnisses der einzelnen Parteien vereinbart. Politische Funktionen sollen nach Verdienst und Überprüfung des Lebensstils besetzt werden, wobei nicht automatisch der Vorsitzende der größten Partei (voraussichtlich der DA) das Präsidentenamt übernehmen soll. Weiters wurde eine Verkleinerung der Regierung festgelegt, und die führende Regierungspartei soll nicht zugleich auch das Parlament kontrollieren. Beteiligt am Oppositionspakt sind neben der DA die *Inkatha Freedom Party* (IFP), *ActionSA*, *Freedom Front Plus*, *Spectrum National Party*, *United Independent Movement* und *Independent South African National Organisation* (Isanco). Ob diese sehr diverse und weit nach rechts

Laut der *International Union for Conservation of Nature* (IUCN) galten Giraffen in Angola nämlich seit Ende der 1990er Jahre als ausgerottet, aufgrund von Wilderei und Lebensraumverlust, verschärft durch den anhaltenden Bürgerkrieg. „*Die Wiederansiedlung von Giraffen ist ein bemerkenswerter Meilenstein auf dem Weg der Erhaltung der Giraffen in Angola. Dieses bedeutende Unterfangen zeigt unser Engagement für die Erhaltung des Naturerbes unseres Landes. Gemeinsam bauen wir eine Zukunft auf, in der sowohl die Menschen als auch die Tierwelt gedeihen*“, sagte Abias Huongo vom angolanischen Umweltminister. Vor der Umsiedlungsaktion war die Einstellung der lokalen Bevölkerung zur Ansiedlung von Giraffen geprüft und als positiv befunden worden.

BRICS plus

Die Herausforderungen des 15. BRICS-Gipfels, der vom 22. bis 24. August in Sandton/Johannesburg stattfand, hat Südafrika gut gemeistert: Treffen der fünf Präsidenten (Putin nur online zugeschaltet), mehrere Parallelkonferenzen und ein großes Business Forum. Der Beschluß zur Erweiterung der Gruppe wird von manchen mit Sorge betrachtet. Geht die Hegemonie des Globalen Nordens zu Ende? (Red.)

2001 soll der Begriff BRIC erstmals verwendet worden sein, in einem Strategiepaper der Investmentbank *Goldman Sachs*. Es bezog sich auf vier „*emergent markets*“ – nämlich Brasilien, Rußland, Indien und China –, deren Wirtschaftswachstum schneller verlief als das der Industrieländer der G7. Nach anderen Quellen soll die indische Ökonomin Roopa Purushothaman das Akronym früher verwendet haben. Sei es, wie es sei – die vier Buchstaben wurden zur Realität.

2006 trafen die vier Außenminister am Rande der UN-Generalversammlung in New York erstmals zusammen, 2009 die Präsidenten. Im Jahr darauf wurde Südafrika aufgenommen (seither BRICS), wirtschaftlich ein Zwerg im Vergleich zu den vier anderen, aber ein politisches Signal in Richtung Afrika. 2014 wurde die *New Development Bank* gegründet (Kapital: 100 Mrd. US-\$), die Entwicklungsprojekte zu Konditionen fördert, die sich von den bei Weltbank und IWF üblichen unterscheiden.

BRICS versteht sich nicht als anti-imperialistischer oder gar sozialistischer Block, sondern – wie führende Vertreter immer wieder betonen –, eigentlich als gar kein Block. Eher als

ein Netzwerk, durch das die Regierungen der Bevölkerungsmehrheit dieser Welt ihre geoökonomischen Interessen koordinieren können angesichts der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und wissenschaftlichen Hegemonie des US/NATO-Blocks. In diesem Sinn geht die mehr als neunzig Paragraphen umfassende Schlußerklärung des Johannesburger Gipfels auf eine Reihe von Themen ein, die aktuell in internationalen Foren verhandelt werden.

Im Vordergrund des Gipfels standen konsequenterweise auch nicht die Ukraine, sondern internationaler Handel, Entwicklungs- und Infrastrukturfinanzierung sowie, langfristig angelegt, die Schaffung einer eigenen Handelswährung statt des Dollars. Von 23 Antragstellern wurden sechs per 1. Jänner 2024 als neue Mitglieder aufgenommen: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudiarabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. BRICS plus wird dann 46 % der Weltbevölkerung, 43 % der Erdölförderung und 29 % des globalen Bruttosozialprodukts vereinen.

Die politischen, religiösen und ökonomischen Interessensgegensätze zwischen den BRICS plus-Staaten sind erheblich. Mehrere (Rußland,

Iran) sind mit westlichen Sanktionen belegt, und alle sind sie in multilaterale „Globalisierungs“-verträge eingebunden, die alternative politische Wege erschweren. Dessenungeachtet ist die Entwicklung ein Indiz für die bröckelnde Weltstellung des Globalen Nordens und wird von dortigen Entscheidungsträgern daher mit Sorge betrachtet.

Gleichzeitig aber öffnet sich vielleicht ein neues Feld internationaler Solidarität, wie die *Progressive International* anmerkt: „*BRICS ist sicher keine moralische Kraft. Aber ihre Entwicklung ist Teil eines historischen Prozesses, in dem die Hegemonie des Nordens schwindet und sich aufspaltet. Diese Entwicklung bietet fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt die Möglichkeit, sich kritisch damit auseinanderzusetzen.*“

Der damit gegebene potentielle Handlungsspielraum könnte sich nicht nur für die progressiven Kräfte des Südens, sondern auch für die des Nordens öffnen. Wenn daran gerüttelt wird, könnte sich die Mehrheit im Globalen Norden mit der Mehrheit im Globalen Süden zusammentun, um eine neue Welt unter gleichen Bedingungen für alle zu schaffen.“

Taxi-Streik in Kapstadt

... und die Nachwirkungen der Apartheid

Zu chaotischen Zuständen führte Anfang August der Streik der Minibusbetreiber in Kapstadt. Acht Tage lang konnten Hunderttausende ihre Arbeitsstellen kaum erreichen, öffentliche Busse wurden in Brand gesetzt und private Transporte teils gewalttätig gestoppt. Supermärkte wurden geplündert, fünf Menschen – darunter ein britischer Tourist – verloren ihr Leben. Abgesehen von seinem unmittelbaren Anlaß wurde der Konflikt durch die Raumordnung der Apartheid verstärkt (Red.).

Der Anlaß dafür, daß die Taxiunternehmer am 1. August ihr Geschäft stoppten, war eine neue Verordnung in Kapstadt, derzufolge schadhafte oder nicht zugelassene Minibusse bei Kontrollen beschlagnahmt werden können. Damit eskalierte ein seit Jahren bestehender Konflikt zwischen der von der *Democratic Alliance* geführten Stadtverwaltung und dem vielfach als mafiös verschrieenen *South African National Taxi Council* (Santaco), dessen Mitgliedsverbände in vielen südafrikanischen Städten den Ausbau des öffentlichen Verkehrs blockieren. Die Folgen waren katastrophal: Pendler/innen, die sich nichts anderes leisten konnten, marschierten in langen Schlangen, um endlich nach Hause zu kommen. Viele wurden Ziel-scheibe von gewaltsamen Übergriffen, einige schliefen an Bushaltestellen oder direkt am Arbeitsplatz.

Erst nach zehn Tagen und nachdem die Kommune ein Entgegenkommen bei der umstrittenen Verordnung signalisiert hatte, ermöglichte die Einigung auf zukünftige Gespräche eine Beendigung der Taxiblockade. Ein

wichtiger Teil der Vereinbarung besteht in der Zusage von Santaco, nie wieder überfallsartig einen Streik anzukündigen, sondern einen solchen mindestens 36 Stunden im voraus zu kommunizieren.

Zweitens sollen in Zukunft Streitigkeiten direkt mit dem Premierminister von Western Cape, der Bürgermeisterin und einem Vertreter der nationalen Regierung erörtert werden, bevor ein Streik in Betracht gezogen wird.

Laut dem jüngsten integrierten Plan für den öffentlichen Nahverkehr von Kapstadt nutzen 22 % der Pendler Minibustaxis. Täglich werden etwa 830.000 Fahrten unternommen, wobei 95 % der Passagiere aus Haushalten mit niedrigem bis mittlerem Einkommen stammen – die meisten davon aus Townships, die weit



Auf dem Weg nach Hause: Tausende auf der N2 in Kapstadt

von ihrer Arbeitsstätte entfernt sind. Auch wenn Santaco darauf hinwies, es habe selbst durch die Aktion fünfzehn Millionen Rand verloren, sind es die Arbeitnehmer/innen bzw. Tagelöhner/innen, die in den kommenden Wochen die Hauptlast tragen müssen. Durch den Taxistreik in Geiselhaft genommen werden sie voraussichtlich ein Viertel ihres Monatsgehalts verlieren, nachdem die Aktion am späten Donnerstagabend endgültig abgebrochen wurde, erklärte der Arbeitsrechtsexperte Andrew Levy. „Es gibt nach unserem Arbeitsrecht keinen Anspruch auf Bezahlung, wenn man

nicht gearbeitet hat. Und der Taxistreik war ja nicht von den Arbeitgebern verursacht.“

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Cosatu im Western Cape, Malvern de Bruyn, nannte den Verlust eines Wocheneinkommens „ein Opfer, das sich niemand leisten kann“. Er forderte die Unternehmer auf, mit ihren Beschäftigten Alternativen auszuarbeiten, um die finanzielle Belastung für sie zu verringern, z. B. ihnen den vollen Lohn zu zahlen und ihnen erlauben, die geschuldeten Stunden an Wochenenden oder bei Bedarf nachzuarbeiten, oder zu akzeptieren, daß Mitarbeiter die verpaßten Tage als Urlaub nehmen, damit ihr Einkommen nicht geschmälert wird. „Einige Unternehmen, insbesondere in der Bekleidungsindustrie, haben dies getan. Sie schlossen ihre Türen, sagten ihren Beschäftigten, sie sollten zu Hause bleiben und nach dem Streik wiederkommen. Es gibt Mittel und Wege, praktikable Lösungen zu finden.“

Ausgebrannter Golden Arrow-Bus der Stadtverwaltung



Ich hatte gestern ein Treffen in Stellenbosch. Die Hin- und Rückfahrt war hektisch. Auf der Küstenstraße mußte ich hoffen, daß die Polizei mich eskortieren würde. Jeden Moment konnten Steine fliegen, um den Taxistreik durchzusetzen. Auf dem Rückweg war die Straße gesperrt, ebenso wie die N2 über den Flughafen. Gewehre und Schüsse machten die Strecke unsicher. Ich mußte nach Paarl und von dort aus nach Cape Town City navigieren. Auf dem Weg dorthin verirrte ich mich in Kraaifontein, wo die Straße gesperrt war. Etwa 40 Schulen sind geschlossen. Xoliswa kann heute nicht zur Arbeit kommen. Wir können sie nicht abholen, weil es oft auf der Straße brennt und Leute aus Autos gezerzt werden, die sie mitnehmen – Bürgerkrieg unter anderem Namen. In unserem Supermarkt waren die Regale mit Frischprodukten leer, als ich am Abend noch dort war. Lastwagen können die Autobahnen nicht benutzen. Und von allen Gruppen werden immer häufiger rassistische Ausdrücke verwendet.

Horst Kleinschmidt

Die ärmeren Bevölkerungsschichten gelten als die größten Verlierer des Streiks, dessen Folgen durch das Fortbestehen der Apartheid-Raumplanung in Kapstadt – aber auch in vielen anderen Städten – noch verschärft wurden. Denn diese bringt es mit sich, so der stellvertretende Vorsitzende der Greater Cape Town Civic Alliance, Lester September, daß Bevölkerungsgruppen, die sich keine anderen Wohnungen leisten können, nach wie vor in Townships leben müssen, die

von ihren Arbeitsstätten bzw. kommunalen und kulturellen Einrichtungen sehr weit entfernt sind. „Hätten wir ein nachhaltiges Programm für erschwinglichen Sozialwohnungsbau vor allem in der Innenstadt, dann könnte die Taxibranche die Stadt nicht mit Streiks erpressen“, so September.

„Es gibt zum Beispiel mehr als 15.000 Airbnb-Einheiten in Kapstadt, die die meiste Zeit des Jahres leer stehen, außerhalb der Tourismussaison. Hätten wir eine Regelung, die erschwingliche Sozialwohnungen in

Airbnb-Einheiten vorschreibt, wie es etwa Berlin verlangt, wären Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen und ihre Notlage wäre durch den Taxistreik nicht so schwierig gewesen.“

Mangelnde Reformen bei der Raumplanung in Kapstadt werden von Nichtregierungsorganisationen schon seit Jahren kritisiert. Forderungen beziehen sich etwa darauf, an private Clubs billig vermietete Golfplätze oder überhaupt ungenutzten kommunalen Grund und Boden für den sozialen Wohnbau zu öffnen und dadurch zugleich eine Verdichtung der Siedlungsstruktur zu erreichen (INDABA 102/19).

Vorbild für Österreich?

Digitale Freiheitsrechte in Afrika

Wie die Zivilgesellschaft in Afrika für Informations- und Meinungsfreiheit kämpft und politische Erfolge erzielt, ist beispielhaft. Dies wurde bei einer Konferenz deutlich, die das regionale Medienprojekt der deutschen Friedrich Ebert-Stiftung (FES) in Afrika zusammen mit der African Commission on Human and Peoples' Rights in Windhoek veranstaltete. Von Freya Grünhagen.

fake news, surveillance, cyberbullying – nicht nur in den USA und in Europa zeigen sich demokratiegefährdende Folgen der Digitalisierung. Wenn es um Afrika geht, sind wir jedoch geradezu reflexhaft geneigt, sie uns dort als besonders schlimm vorzustellen. Fraglos gibt es viele Hinweise darauf, daß demokratische Spielräume sich auch in Afrika vielerorts schließen: Die Überwachung und Ermordung von Medienschaffenden, Internetshut downs im Kontext von Wahlen und *social media*-Hetzkampagnen gegen politische Gegner sind beängstigende Zeichen, die angesichts der sozialen Ungleichheit in Afrika noch einmal schwerer zu wiegen scheinen als andernorts. So wird die Internet-Durchdringungsrate in Subsahara Afrika auf nur rund 42 Prozent geschätzt. Denn viele Bevölkerungsgruppen leben in entlegenen Gebieten – oder können sich den Internetzugang schlicht nicht leisten.

Da passen die herausragenden politischen Erfolge zivilgesellschaftlicher Interessengruppen, die – auch mithilfe digitaler Medien – seit Jahrzehnten für Informations- und Meinungsfreiheit in Afrika kämpfen, nicht

so recht in unser Bild. Wer hat schon im Blick, daß die Proklamation des 28. September zum *International Day of Universal Access to Information* durch die Vereinten Nationen 2019 von der länderübergreifenden *African Platform on Access to Information* erstritten wurde? Oder daß in Folge der *Windhoek Declaration* die *African Commission on Human and Peoples' Rights* (ACHPR) 2013 ein Modellgesetz entwarf, um afrikanische Regierungen bei der gesetzlichen Verankerung des Rechts auf Informationsfreiheit zu unterstützen? Dabei gilt dieses Modellgesetz als eines der fortschrittlichsten multilateralen Initiativen weltweit. Inzwischen verfügen knapp die Hälfte der afrikanischen Staaten über ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Information.

daß es in Afrika herausragende Beispiele dafür gibt, wie sich aus politischen Deklarationen konkrete politische Aktionsformen entwickeln können, liegt zum einen am zivilgesellschaftlichen Engagement, das sich –

neben einer starken Wertebindung – vielfach durch eine Bereitschaft zu länderübergreifender Allianzbildung auszeichnet. Zum anderen haben Initiativen, die sich für Informations- und Kommunikationsrechte einsetzen, zwei engagierte multilaterale Verbündete auf dem Kontinent: Erstens die

UNESCO, die u.a. mit der *Windhoek +30 Declaration 2021* erfolgreich den Slogan „*information as a public good*“ geprägt hat; zweitens die ACHPR, deren Sonderberichterstatter es in der Vergangenheit wie-

derholt gelungen ist, unter Einbindung von Zivilgesellschaft nationale Regierungen politisch zu beraten. Diese – zweifellos schwierige – Zusammenarbeit zwischen ACHPR, Regierungen und Zivilgesellschaft hat in Afrika schon weit getragen.

Mit der Digitalisierung der politischen Kommunikation dynamisierte sich der demokratische Diskurs auf dem afrikanischen Kontinent, indem sie sowohl neue Formen politischer Teilhabe (*citizen journalism*) als auch neue Varianten politischer Unterdrück-

Informationsfreiheit in Afrika

kung ermöglichte. Seitdem haben afrikanische Zivilgesellschaft und ACHPR in zahlreichen Konferenzen diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen versucht, u.a. durch Überarbeitung ihrer *soft law*-Instrumente wie der *Declaration of Principles on Freedom of Expression and Access to Information in Africa* von 2019 sowie der *African Union's Convention on Cyber Security and Personal Data Protection* („Malabo Convention“), die im Juni 2023 in Kraft getreten ist.

Ein weiterer Meilenstein entstand im Kontext der gemeinsam von *Fesmedia Africa* und ACHPR vom 31. Mai bis 2. Juni 2023 in Windhoek organisierten Regionalkonferenz „*Information and Communication Rights in Africa*“ (<https://fesmediaregional-conference2023.com/>). In Partnerschaft mit UNESCO und dem *Namibia Media Trust* boten *Fesmedia Africa* und ACHPR Medienschaffenden, Akademiker/innen und Menschenrechtsaktivist/innen vielseitige Plattformen zum Austausch über eine Bandbreite verwandter Themen, von der Medienregulierung zur Verhinderung von Desinformation über künstliche Intelligenz bis hin zum investigativen Journalismus.

Auch hier wurde sehr schnell deutlich: Die Teilnehmenden erwarteten nicht nur einen Austausch von Erkenntnissen, Perspektiven und Ideen, sondern wollten ganz konkret auf einen Aktionsplan hinarbeiten. Im Ergebnis wurde am letzten Tag einstimmig ein „*Outcome Statement*“ verabschiedet: eine achtseitige Roadmap, die für alle mit Kommunikationsrechten in Afrika befaßten politischen Akteurskategorien konkrete Hand-



Konferenzworkshop in Windhoek

lungsvorschläge unterbreitet. Sicher ein sehr ambitioniertes Statement, schon allein wegen seines Umfangs, doch das sollte niemanden schrecken, wie ein Teilnehmer es pragmatisch auf den Punkt brachte: „*Und wenn jeder von uns nur drei Steine bewegt, bevor wir uns das nächste Mal treffen,*

werden wir schon viel erreicht haben.“ Daraufhin gingen mehrere Teilnehmende zum Podium und verpflichteten sich im Namen ihrer Organisationen, sich in einem konkreten Zeitraum für bestimmte Ziele einzusetzen: Zum Bei-

spiel die internationalen Feiertage zielgerichtet zu nutzen, um das Bewußtsein zu freiem Zugang zu Daten zu schärfen oder die Umsetzung gesetzlich verbriefter Rechte unter Einbezug multilateraler Mechanismen und Organisationen systematisch zu dokumentieren und zu beaufsichtigen. Nicht wenige hatten Tränen in den Augen.

Jede/ drei Steine?

Wir werden uns auf unterschiedlichen Ebenen bald wiedertreffen. Um zu sehen, wie weit wir gekommen sind, und dann wieder neu zu planen. Vielleicht beim nächsten Mal unter Einbezug nationaler Regierungsvertreter/innen, zum Beispiel in Form des *African Network of Information Commissioners* (ANIC). Auch auf *Fesmedia* warten weitere Aufgaben: Folgedebatten sollen regelmäßig virtuell organisiert werden; und wir wurden von der ACHPR eingeladen, an der Überarbeitung des *Model Law* mitzuwirken und möglichst viele Regierungen bei der Umsetzung zu beraten. Fangen wir doch mal mit drei Steinen an.

Freya Grünhagen leitet seit 2019 das FES-Büro in Windhoek, Namibia und Fesmedia Africa. Am 5. Dezember 2023 hält sie (voraussichtlich online) eine Keynote Lecture bei der Abschlußkonferenz des SADOCC-GPA-Projekts zu sozialer Ungleichheit im Südlichen Afrika (siehe letzte Umschlagseite).

»Zeit im Bild« und Dritte Welt

Weniger als 10 Prozent der Sendezeit von Österreichs wichtigster Nachrichtensendung Zeit im Bild (ZiB) 1 und der größten österreichischen Nachrichtenseite ORF.at entfallen auf den Globalen Süden, obwohl dort etwa 85 Prozent der Weltbevölkerung leben. Von Ladislaus Ludescher.

Die Zeit im Bild (ZiB) gilt als wichtigstes Fernsehnachrichtenformat Österreichs. Die täglich um 19.30 Uhr gleichzeitig auf ORF 1 und ORF 2 ausgestrahlte 20-minütige Hauptausgabe (ZiB 1) erreicht regelmäßig Spitzenquoten. Die Ausgabe der ZiB 1 vom 17. Jänner 2022 zum Beispiel war mit ca. 1,9 Mio. Zuschauern und einem Marktanteil von etwa 58 Prozent die zweitmeistgesehene Sendung des gesamten Jahres in Österreich. Eine höhere Einschaltquote erzielte nur das Fußball-WM-Finale Argentinien – Frankreich (Elfmeterschießen) am 18. Dezember 2022, das von 2,1 Mio. Zuschauern verfolgt wurde. Die Nachrichtenseite von ORF.at ist ebenso marktführend. Im Jahr 2022 erreichte ORF.at im Schnitt ca. 5,35 Mio. Unique User und war das am stärksten frequentierte Digitalangebot Österreichs. Die ZiB 1 und ORF.at sind in den Bereichen Fernsehen und Internet somit die wichtigsten Nachrichtenquellen für die meisten Österreicherinnen und Österreicher. Wichtig ist also die Frage, worüber in der ZiB 1 und auf ORF.at berichtet wurde – und vor allem auch, worüber nicht.

Für die vorliegende Untersuchung wurden 364 Sendungen, also etwa

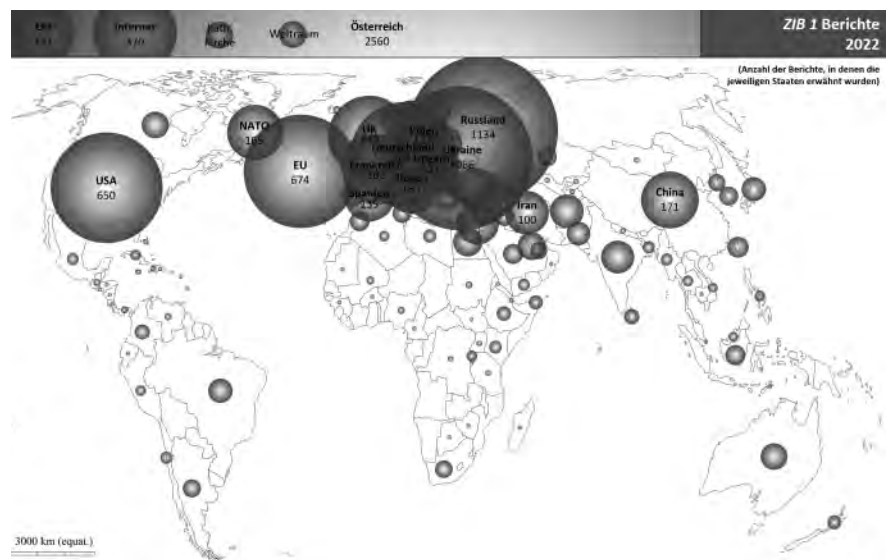


Abb. 1: Anzahl der Berichte, in denen die jeweiligen Länder (bzw. politischen Entitäten) im Jahr 2022 in der ZiB 1 erwähnt wurden.

120 Stunden, der ZiB 1 im Jahr 2022 ausgewertet sowie fast 3.000 Beiträge auf der Nachrichtenseite von ORF.at, die im Juni 2022 erschienen (aufgrund der hohen Datenmenge wurde von ORF.at nur ein Monat ausgewertet und als Untersuchungszeitraum der Juni ausgewählt, da dieser Monat sich für die Berichterstattung der ZiB 1 als repräsentativ erwiesen hatte).

Während die Nachrichten der Jahre 2020 und 2021 von der Covid-Pandemie beherrscht wurden, domi-

nierten im Jahr 2022 der Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen (insbesondere im Energiesektor) das Nachrichtengeschehen. Fast ein Viertel der Sendezeit der ZiB 1 entfiel auf den Ukraine-Krieg und fast weitere 10 Prozent auf die hierdurch bedingte problematische Energieversorgung. Zusammen mit der Pandemie bestimmten diese drei Themenbereiche 2022 etwa 44 Prozent der Sendezeit der ZiB 1 (im Spitzenmonat März waren es sogar über 80 Prozent; Abb. 2).

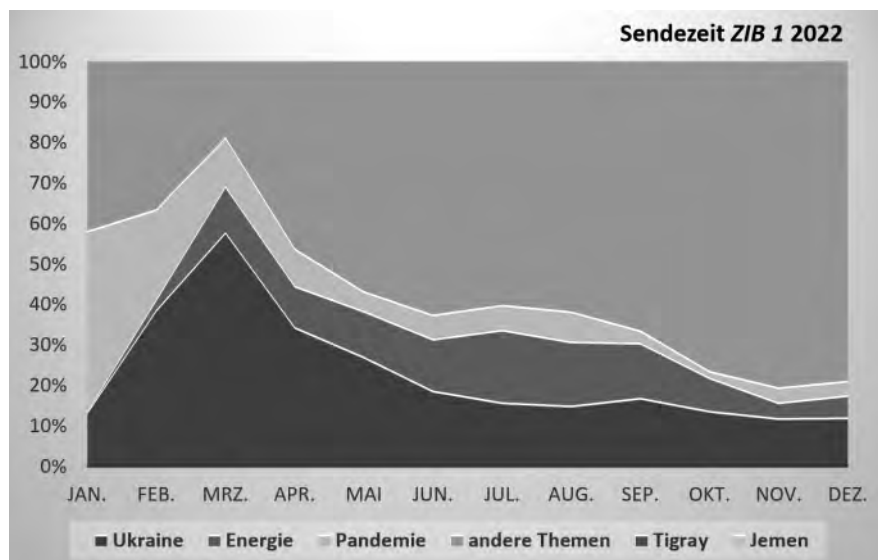


Abb. 2: Verteilung der Sendezeit nach Themen in der ZiB 1 im Jahr 2022. Vergeblich sucht man auf dieser Grafik nach den Datenkurven für die Bürgerkriegsregionen Tigray und Jemen, da die Werte so gering sind, daß sie nicht angezeigt werden können.

Zweifelsohne war und ist der Ukraine-Krieg ein Ereignis mit höchst weitreichenden menschlichen, sozialen, politischen und ökonomischen Auswirkungen auf vielen Gebieten. Weitgehend außer Acht gelassen wurde allerdings, daß sich im Jahr 2022 im Globalen Süden ebenfalls eine Reihe humanitärer Krisen und Katastrophen ereigneten, die von den meisten Medien nur äußerst randständig berücksichtigt wurden. Hierzu gehören etwa die humanitäre Krise infolge der eskalierenden Gewalt im Karibikstaat Haiti, der laut UN sozialpolitisch am Abgrund steht, die politische Krise und der landesweite Notstand in Peru, der Militärputsch in Burkina Faso sowie die „Jahrhundertflut“ in Pakistan, in deren Folge etwa 1.700 Personen starben und ca. 33 Millionen Menschen obdachlos wurden. Aber auch die Erklärung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), daß die Zahl der Malariatoten im Jahr 2021 bei 619.000 (und damit etwa 50 Prozent höher als im Vorjahr) lag,

fand nur geringes mediales Echo. Wenig beachtet wurden außerdem die Bürgerkriege in Tigray (Äthiopien) und im Jemen (s.u.).

Die ZiB 1 und ORF.at nahmen diese Ereignisse nur peripher wahr. Ein Blick auf die Verteilung der Beiträge zeigt, daß die geografische Orientierung der Berichterstattung eindeutig auf dem Globalen Norden lag und die Länder des Globalen Südens in den Nachrichten nur eine sehr geringe Rolle spielten. Noch dramatischer sieht es bei den Topthemen aus: Kaum ein Land in Lateinamerika, Subsahara-Afrika sowie Süd- und Südostasien schaffte es in der ZiB 1 in die wichtigste Meldung des Tages.

Während Rußland und die Ukraine im Jahr 2022 in über 1.000 Beiträgen Erwähnung fanden, wurden die Kriegsländer Äthiopien und Jemen lediglich in 13 bzw. 8 Berichten erwähnt. In der Tat wurden dem Bürgerkrieg in Tigray, wo Schätzungen zufolge seit 2020 bis zu

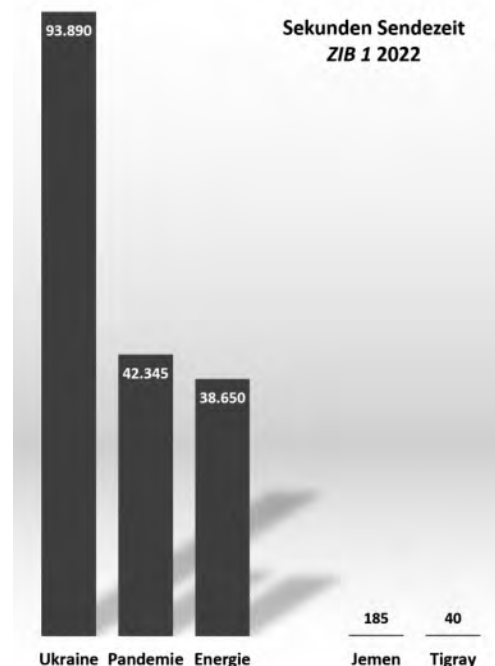


Abb. 3: Sekunden-Sendezeit in der ZiB 1 für ausgewählte Themen im Jahr 2022

600.000 Menschen starben, in der ZiB 1 insgesamt lediglich 40 Sekunden gewidmet. Mit dem Bürgerkrieg im Jemen, der seit 2014 laut UN-Angaben infolge der militärischen Auseinandersetzungen und ihrer indirekten Auswirkungen rund 380.000 Menschenleben forderte und den die Vereinten Nationen als „weltweit schlimmste humanitäre Krise“ einstufen, beschäftigten sich 185 Sekunden (zum Vergleich: auf den Krieg in der Ukraine entfielen 93.890 Sekunden; Abb. 3).

Zu den medial am stärksten vernachlässigten Katastrophen gehört der globale Hunger, der vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) als „das größte lösbare Problem der Welt“ bezeichnet wird, da sowohl die Ressourcen als auch die technischen Möglichkeiten zur Verfügung stehen und vergleichs-

weise nur geringe finanzielle Mittel notwendig wären, um dieses Problem zu lösen. Laut dem im Jahr 2022 vorgelegten Welternährungsbericht der Vereinten Nationen stieg die Zahl der Hungernden im Vorjahr auf etwa 828 Millionen Menschen – ein dramatischer Zuwachs gegenüber der Vorpandemiezeit um ca. 150 Millionen Menschen. In der ZiB 1 wurde im Jahr 2022 aber zum Beispiel umfangreicher über die Queen bzw. die britischen „Royals“ berichtet als über den globalen Hunger. Auf ORF.at erschienen im Untersuchungszeitraum sogar mehr Sportberichte als Beiträge über den gesamten Globalen Süden. Dabei drohte eine weitere Zuspitzung der globalen Hungersituation, da der Export des Getreides aus der Ukraine über das Schwarze Meer aufgrund des Krieges, zumindest zeitweise, nicht mehr sichergestellt war und die Weltmarktpreise dementsprechend reagierten. In der ZiB 1 und auf ORF.at wurden zwar Berichte zur Hungersituation veröffentlicht, aber etwa Dreiviertel von ihnen beschäftigten sich fast ausschließlich mit den politischen Dimensionen für die am Getreideabkommen beteiligten Staa-

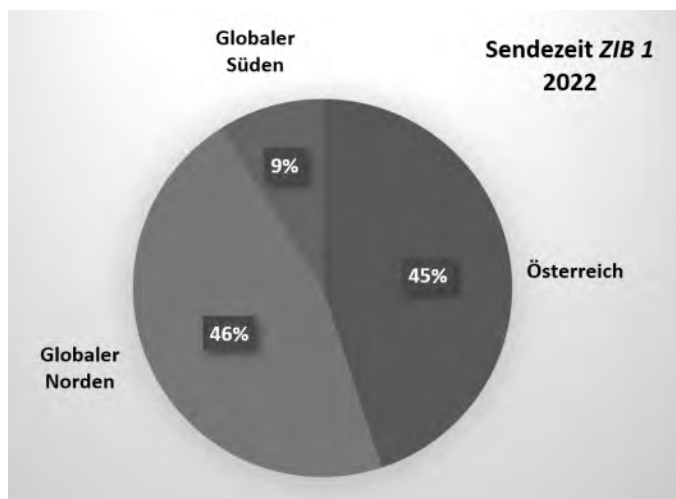
ten (also vornehmlich mit der Ukraine, Rußland sowie der vermittelnden Türkei) anstatt mit der Situation in den vom Hunger akut betroffenen Gebieten vor Ort. Die Beiträge zum Getreideabkommen thematisierten also eher eurozentristisch die politischen Aspekte des Ukraine-Krieges als die Auswirkungen für die vom Getreide abhängigen Zielländer im Globalen Süden.

Die mediale Marginalisierung des Globalen Südens hat Routine. Nigeria, der mit etwa 230 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichste Staat Afrikas, wurde im Jahr 2022 in lediglich 3 Beiträgen der ZiB 1 erwähnt (zum Vergleich: Dänemark, das knapp 6 Mio. Einwohner hat, wurde in 32 Berichten genannt). Kein Einzelfall und keine Ausnahme. Lediglich etwa 9 Prozent der Sendezeit der ZiB 1 entfiel auf den Globalen Süden, wo etwa 85 Prozent der Weltbevölkerung leben (Abb. 4). Damit reihen sich die ZiB 1 und auch ORF.at in die Gruppe der Medien ein, die nur etwa 10 Prozent oder weniger ihrer Sendezeit für Nachrichten aus dem Globalen Süden verwenden.

Insgesamt spiegeln die Daten die Ergebnisse einer unter dem Titel „Vergessene Welten und blinde Flecken“ veröffentlichten Langzeituntersuchung wider, in der u.a. mittlerweile fast 6.000 Sendungen der deutschen Tagesschau ausgewertet wurden und die zeigen, daß der Globale Süden in den Nachrichten konsequent vernachlässigt wird. Mit dem Berichtschema der Tagesschau verglichen wird deutlich, daß diejenigen der ZiB 1 und von ORF.at nahezu deckungsgleich sind. Dieses Muster der Berichterstattung ist für Ereignisse, die sich im Globalen Süden ereignen, deutlich weniger empfänglich als für Vorkommnisse, die im Globalen Norden stattfinden. Die als unverhältnismäßig zu bezeichnende überdimensionale Präferenz für Nachrichten aus dem Globalen Norden droht zu einer medialen Blindheit auch gegenüber schwersten humanitären Krisen und Katastrophen zu führen, die sich im Globalen Süden ereignen.

Es gilt den Nachrichtenwert eines Ereignisses primär nicht nach dem Ort, wo es sich ereignet hat, sondern nach seiner menschlichen Dimension zu bemessen. Es gilt die Länder des Globalen Südens aus dem medialen Erinnerungsschatten zu holen und ihnen das Nachrichteninteresse bzw. die öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, die ihnen zusteht.

Abb. 4 Geografische Verteilung der Sendezeit in der ZiB 1 im Jahr 2022



Ladislav Ludescher, dem wir für die Zurverfügungstellung des Beitrags und der Grafiken danken, ist wiss. Mitarbeiter am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. Seine Studie (mit weiterführenden Hinweisen) ist unter <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/den-globalen-sueden-kaum-im-bild-zugänglich>. Den Hinweis darauf verdanken wir Richard Solder vom Südwind-Magazin (<https://www.suedwind-magazin.at/>).

Museumsubjekte aus kolonialem Kontext

Empfehlungen an die Bundesregierung

Kunst- und Kulturstatssekretärin Andrea Mayer hat am 20. Juni gemeinsam mit dem Direktor des Wiener Weltmuseums, Jonathan Fine, die Handlungsempfehlungen eines internationalen Beratergremiums zum Umgang mit Kunstobjekten aus kolonialen Kontexten in den Bundesmuseen vorgestellt.

„Herrscher europäischer Länder haben weite Teile der Welt lange Zeit als Selbstbedienungsgeschäft betrachtet,“, so die Staatssekretärin bei ihrer Pressekonferenz. „Das als Unrecht zu bezeichnen und konkrete Taten der ernsthaften Auseinandersetzung folgen zu lassen, ist auch Österreichs Verantwortung.“

Mayer hatte im Jänner 2022 ein international besetztes Expert/inn/engremium unter der Leitung von Fine mit der Ausarbeitung einer Handreichung für die Politik beauftragt (INDABA 113/22). Dieses hat nun ein 24-seitiges Dokument vorgelegt. Zentral ist die Empfehlung, Objekte auf einer state-to-state-Basis zurückzugeben, wenn der Unrechtskontext erwiesen werden kann.

„Die Schaffung eines Rahmens zur Rückgabe von zu Unrecht erworbenen Kulturgütern aus kolonialen Kontexten sowie eine kooperative Provenienzforschung als Entscheidungsgrundlage sind die Kernpunkte. Diese bilden jedoch nur einen Teilaspekt der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit. Wir empfehlen daher der Republik auch, einen verstärkten kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit den angesprochenen Ländern zu pflegen und zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen, die sich für die Aufarbeitung des Kolonialismus einsetzen“, so Jonathan Fine, Direktor des Wiener Weltmuseums und Vorsitzender



Nach der Pressekonferenz: Walter Sauer, Miloš Vec (beide Wien), Golda Ha-Eiros (Windhoek), Anna Schmid (Basel), Staatssekretärin Andrea Mayer, Emmanuel Kasarhérou (Paris), Jonathan Fine (Wien)

des Expert/inn/engremiums. Staatssekretärin Mayer kündigte im Zuge der Pressekonferenz an, das BMKÖS werde in den kommenden Monaten einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeiten. Außerdem, so die Staatssekretärin, werden die Mittel für die postkoloniale Provenienzforschung von 160.000 Euro jährlich auf 320.000 Euro jährlich aufgestockt.

Die „Empfehlungen“ des Beratungsgremiums, zu dessen Mitgliedern auch SADOCC-Vorsitzender Walter Sauer zählte, sind hier abrufbar: www.bmkoes.gv.at/handlungsempfehlungen.html

... bücher ...

Anja Schade, **Das Exil von ANC-Mitgliedern in der DDR. Eine transnationale Verflechtungsgeschichte um Solidarität im Kalten Krieg** (Berlin, Lit Verlag, 2022). 398 S.

Es gab eine ganze Reihe von Gründen, die Mitglieder des ANC zwischen den 1950ern und 1990 in die DDR verschlugen, darunter Delegationsreisen, Flucht und der Wunsch nach Sicherheit, das Anliegen, an der Universität zu studieren, eine militärische Ausbildung oder auch medizinische Behandlung. Anja Schades Buch *Das Exil von ANC-Mitgliedern in der DDR*, das jüngst in der Lit-Reihe „Die DDR und die Dritte Welt“ erschienen ist, nimmt sich der Erfahrungen dieser verschiedenen Gruppen an. Schade beginnt mit einem souveränen und umfangreichen Überblick über die Beziehungen zwischen der DDR und Südafrika sowie zwischen der DDR und dem ANC. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Frage verdeckter Handelsbeziehungen mit dem Apartheid auch nach dem DDR-seitig versprochenen Boykott 1963, wofür sie Indizien, aber keine Belege findet. Wertvollerweise berücksichtigt Schade neben dem staatlichen Engagement auch das kirchliche Umfeld samt Solidaritätsgruppen, die vor allem in den 1980er Jahren ebenfalls viel mit dem ANC interagierten.

Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, wie sich die langjährigen Aufenthalte von Südafrikaner/innen in der DDR gestalteten. Dafür greift Schade nicht nur auf DDR- und ANC-Akten zurück, sondern auch auf bereits veröffentlichte (bzw. archivierte)

sowie selbst durchgeführte Interviews. Einer etablierten Tradition in der Literatur folgend fokussiert die Autorin nicht auf eine ausgesuchte Gruppe von ANC-Angehörigen in der DDR, sondern baut auf der breiteren Kategorie des „Exils“ auf. Damit gelangen Studierende ebenso in den Blick wie jene, die einen Asylstatus in der DDR hatten („politische Emigranten“) bzw. eine militärische oder berufliche Ausbildung absolvierten.

Schade differenziert nicht strikt zwischen diesen Gruppen, sondern in erster Linie zwischen zwei Generationen, deren Erfahrungen, Wahrnehmungen und Bewertungen sich unterschieden. Die erste Generation von ANC-Exilant/innen erinnerte sich in der Regel sehr positiv an den Aufenthalt und relativierte wahrgenommene Mißstände in der DDR-Gesellschaft. Die zweite Generation (die den Weg ins Exil nach dem Aufstand von Soweto 1976 antrat) fällt hingegen differenziertere Urteile, in denen sich oft auch Verwunderung über die „Rückständigkeit“ und Widersprüche des Realsozialismus wiederfindet, so etwa über die staatliche Haltung gegenüber den Kirchen. Einige ANC-Mitglieder kamen mit regierungskritischen Kreisen in Berührung und nahmen sogar an den Montagsgebeten und -demonstrationen teil, die dann 1989 zum Mauerfall beitrugen.

Angehörige beider Generationen aber, so Schade, schätzten enorm, daß der ANC und Nelson Mandela in der DDR-Gesellschaft überall bekannt waren und konstante Unterstützung erfuhren. Schade zeigt auf, wie eine enorme Palette von anlaßbezogenen Solidaritätskampagnen seit den frühen 1960ern den Anti-Apartheid-Gedanken breitenwirksam verankerte und mit dem ANC identifizierte. Neben offiziell

len ANC-Vertreter/innen wurden auch andere ANC-Angehörige in Aktivitäten wie Schulbesuche, Theatervorführungen, musikalische Darbietungen und Solidaritätsbasare einbezogen.

Schades Diskussion von Fallbeispielen aus dem Archivmaterial ist aufschlußreich, um Reibungs- und Konfliktpotenziale zu identifizieren. So wurde der Student Benedict Z. 1969 verdächtigt, ein CIA-Spion zu sein, weil er sich nicht nur einen VW-Käfer in West-Berlin kaufte, sondern sein Lebensstandard ganz allgemein plötzlich neue Dimensionen annahm. Das weckte Zweifel in der ANC-Community. Überhaupt bezog der ANC eine Art patriarchale Vaterfunktion, um die Bewegungen und Beziehungen der Mitglieder zu kontrollieren. Einschränkungen und Verschärfungen gingen dabei keinesfalls nur von DDR-Seite aus. Ab 1974 waren Westreisen nur noch mit spezieller Genehmigung des ANC möglich. Auch wenn es um die Rückführung in afrikanische (Exil-)Länder nach Ausbildungsende oder um Ansuchen zur Eheschließung ging, waren ANC-Funktionäre oder Funktionärinnen involviert, mitunter sogar entscheidend. Heiratswillige Paare mußten enorme Geduld aufbringen, da der Überprüfungsprozeß auf DDR- und ANC-Seite oft ein Jahr oder länger dauerte. In manchen Fällen versuchten Paare auch, sich gen Westen abzusetzen. Unterschiedliche Erfahrungen von Männern und Frauen werden so fallweise ebenfalls sichtbar.

Viele von Schades Erkenntnissen unterfüttern die Thesen aus anderen Forschungsarbeiten, so etwa Jocelyn Alexanders und JoAnn McGregors Arbeit zu ZAPU-Kadern, die eine Ausbildung in der Sowjetunion durchliefen und, wie die ANC-Angehörigen in der DDR, die antirassistische Position des

Realsozialismus schätzten. Die Betonung dieser Wertschätzung führt im Buch aber nicht zu einer Verklärung. Beide ANC-„Generationen“ in der DDR mußten Rassismuserfahrungen machen. Schade hebt hervor, daß es hier einerseits auf den Ort ankam – in Fabriken und Kneipen sei es häufiger zu Zwischenfällen gekommen als in Büros und Seminarräumen – und andererseits physische Übergriffe und das Gefühl der Unsicherheit mit dem Zerfall des staatlichen Solidaritätsüberbaus der DDR ab 1989/90 eine ganz andere Qualität annahmen. Eine weitere brisante Frage, die Schade thematisiert, ist die nach dem Zusammenhang der militärischen Ausbildung in der DDR zu belegten Fällen der Anwendung von Folter in ANC-Camps, u.a. in Angola. Wie bereits vor ihr der Historiker Stephen Ellis kann jedoch auch Schade hier keinen klaren Zusammenhang feststellen – dazu bräuchte es sicher auch weitere Quellenbestände als die von ihr konsultierten Akten.

Insgesamt hätte das Buch davon profitiert, die deutlich spürbaren Stärken des Oral History-Ansatzes noch weiter zu forcieren: Während das Archivmaterial oft „abreißt“, erlauben Interviews, ganze Lebensläufe in den Blick zu nehmen und den DDR-Aufenthalt nicht isoliert zu betrachten. Hier hätten beispielhafte Skizzen von Biographien vor dem DDR-Aufenthalt und nach der Rückführung eine breitere Perspektive eröffnet. Mehrere der angeschnittenen Themenbereiche verdienen es zudem, in zukünftigen Arbeiten vertieft zu werden: das Anhalten von ANC-Angehörigen zur politischen Öffentlichkeitsarbeit in der DDR-Gesellschaft, die Rivalität mit dem PAC, Spannungen in der ANC-Community in der DDR oder Verbin-

dungen in andere osteuropäische wie auch westliche und außereuropäische Länder, um der transnationalen Perspektive noch mehr Geltung zu verschaffen.

In allen diesen Bereichen liefert Schades Buch wichtige Grundlagen und Anregungen. Das ist besonders bemerkenswert, weil ihre Dissertation ohne externe Finanzierung entstanden ist. Ihr Werk ist wichtig, weil es die Perspektiven von Südafrikaner/inne/n nicht nur ins Zentrum stellt, sondern auch kenntnisreich einordnet. Damit geraten menschliche Tragödien des Exilkontexts wie das Zurücklassen von Familien, Gefühle der Isolation und Rassismuserfahrungen ebenso in den Blick wie Dankbarkeit, Wertschätzung und die nach 1990 verschütteten Erinnerungen an internationale Solidarität oder die Hoffnungen auf den Sozialismus als gesellschaftspolitische Alternative. Mit Kenntnisnahme der Sichtweisen von Exilierten, durch „Multiperspektivität und Diversifizierung von Geschichtsnarrativen“, so Schade, lasse sich dann auch der Blick auf die deutsche Geschichte ändern. Ihr Buch ist ein gelungener Beitrag nicht nur zu diesem Blickwechsel, sondern auch zur transnationalen Geschichte des südafrikanischen Exils und der Anti-Apartheid-Bewegung.

Eric Burton

Philippe Sands, **Die letzte Kolonie. Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Indischen Ozean** (Frankfurt, S. Fischer, 2023), 318 S.

Wie kaum andere Medien in Österreich hat INDABA in letzter Zeit öfters über das Schicksal der Chagos Islands und ihrer Bewohner/innen berichtet (zuletzt 113/22), also über eine

aktuelle Kolonialproblematik. Denn das Eintreten gegen Kolonialismus und für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gehört seit der Kampagne für die Unabhängigkeit Namibias zur DNA der Anti-Apartheid-Bewegung bzw. von SADOCC. Nach der Dekolonisation Namibias 1989/90 sind zudem weitere vorgeblich „letzte Kolonien“ ins Bewußtsein gerückt: die Westsahara, die von Israel völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebiete – und eben die Chagos-Inseln.

Philippe Sands, Direktor des *Centre for International Courts and Tribunals* am *University College* in London, geht in diesem tiefgründigen und trotzdem lesefreundlichen Buch dem Kampf der Chagossians um ihre Selbstbestimmung bzw. ihre Zugehörigkeit zu Mauritius nach. Sands ist – wie er einleitend klarstellt (S. 11-12) – Partei, als einer der juristischen Vertreter der Klage von Mauritius gegen Großbritannien vor dem Internationalen Gerichtshof. Sein Text ist nicht nur Sachbuch, sondern auch Zeugnis einer persönlichen Involvierung und nicht zuletzt Biographie von Liseby Elisé, geboren 1953 auf der Insel Île du Coin im Chagos-Archipel, damals der britischen Kolonie Mauritius zugehörig. Die Inselgruppe war im Ersten Frieden von Paris 1814, bestätigt vom Wiener Kongreß im Jahr darauf, der Kolonialherrschaft Londons unterstellt worden. Am 27. April 1973 war Frau Elisé, im vierten Monat schwanger, zusammen mit den übrigen Einwohner/innen der Inseln nach Mauritius deportiert worden. Großbritannien hatte die Region zum militärischen Sperrgebiet erklärt.

Die Vorgeschichte ging auf ein koloniales Ränkespiel des sog. Westens zurück: Schon seit Anfang der 1960er Jahre verhandelten Großbritannien

und die Vereinigten Staaten im Geheimen über die Verpachtung von Inseln im Indischen Ozean zwecks Schaffung eines US-Militärstützpunkts. Ohne Rechtsgrundlage wurden 1967 die betreffenden Inseln als *British Indian Ocean Territory* von Mauritius abgetrennt, dessen Staatsgebiet somit ein Jahr später nur teilweise unabhängig wurde (S. 74-83). Von den Vereinten Nationen wurde die Abtrennung scharf kritisiert. Kurz darauf begannen Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung der Chagos Islands, welche den USA bis 2016 – verlängerbar bis 2036 – überlassen wurden, um dort die Militärbasis Diego Garcia zu errichten.

Diego Garcia ist aufgrund seiner Lage zwischen der arabischen Halbinsel, Indien, Vietnam, Myanmar und Malaysia geostrategisch wichtig. Der Stützpunkt dient(e) beispielsweise als Basis für Einsätze im Afghanistan- und Irakkrieg sowie generell für Operationen im Indischen Ozean und dem Persischen Golf. 2019 sprach der Internationale Gerichtshof die Inselgruppe Mauritius zu – das Lobbying von Libezy Elisé, Philippe Sands etc. hatte sich bezahlt gemacht (INDABA 102/19). 2021 wurde dieses Rechtsgutachten vom Internationalen Seegerichtshof bestätigt. Großbritannien – unterstützt nur von den USA, Ungarn, Israel und den Malediven – fand sich international isoliert. In Folge eines Gipfeltreffens zwischen Premierministerin Liz Truss (wenigstens deshalb wird sie in Erinnerung bleiben) und dem mauritischen Premier Pravind Jugnauth gab London im November 2022 die Erklärung über seine Bereitschaft ab, „eine Vereinbarung [zu den Chagos Islands] auf der Grundlage des Völkerrechts zu erzielen“ (S. 249). Sands' Buch schließt also mit einer optimistischen Note – wollen wir hoff-

fen, daß sein Optimismus gerechtfertigt ist.

Walter Sauer

Daniel Terris, **The Trials of Richard Goldstone** (New Brunswick, Rutgers University Press, 2018). 398 S.

Noch im Juni 2009 war der südafrikanische Jurist Richard Goldstone ein weltweiter Held, der von der MacArthur-Stiftung mit ihrem Preis für internationale Gerechtigkeit geehrt wurde. Vier Monate später wurde er als „Quisling“ und Verräter beschimpft und mit einigen der schlimmsten Verbrecher der Menschheitsgeschichte verglichen. Und warum? Weil er als jüdischstämmiger Verfechter der Menschenrechte und des Völkerrechts beschlossen hatte, sein Engagement für Fairness und Wahrheit auf Israel zu übertragen.

The Trials of Richard Goldstone erzählt die Geschichte dieses außergewöhnlichen Menschen und des Preises, den er für seine Überzeugungen zahlte. Es wird beschrieben, wie Goldstone als Richter im Südafrika der Apartheid dazu beitrug, dieses ungerechte System zu untergraben, und später auf Ersuchen von Nelson Mandela eine Kommission leitete, die Fälle von rassistischer Gewalt und Einschüchterung untersuchte. Der Autor befaßt sich auch mit dem internationalen Renommee, das Goldstone als Chefankläger der Vereinten Nationen für Kriegsverbrechen in Rwanda und im ehemaligen Jugoslawien erlangte, den ersten Tribunalen, die politische und militärische Führer wegen Völkermordes anklagten. Schließlich wird erörtert, wie Goldstone zu einer umstrittenen Figur wurde, nachdem er als jüdischer Jurist Ermittlungen gegen Israel wegen Kriegsverbrechen im Gazastreifen geführt hatte.



Endorsement Letter des südafrikanischen Botschafters

[...] By acknowledging the important contribution that Nelson Mandela and other leaders in the struggle against apartheid and injustice made, the city [of Vienna], through SADOCC, is confirming the South African adage that a person is a person through other persons „umuntu ngumuntu ngabantu“.

On behalf of the Government of South Africa, I wish to confirm support for the efforts of SADOCC in promoting the recognition of the legacy of the former statesman, Nelson Mandela through the development of a monument/statue in his honour at the square/park near Aspern North metro station. [...]

Rapulane Molekane
Ambassador,
Resident Representative
of the Republic of South Africa

Auf dem Weg zum Nelson Mandela-Denkmal (II)

Die Veröffentlichung des Entwurfs für das geplante Nelson Mandela-Denkmal in der Seestadt hat zahlreiche zustimmende Kommentare gefunden (INDABA 118/23). Mittlerweile werden die Planungsunterlagen von KÖR (Kunst im öffentlichen Raum) und anderen zuständigen Stellen der Stadt Wien geprüft. Hier die ersten Reaktionen aus der Politik.

Ich unterstütze seit Jahren die Bemühungen, auf dem Nelson-Mandela-Platz in der Donaustadt auch ein Denkmal zu errichten, um unsere Verbundenheit mit jenen Werten zu verdeutlichen, für die Nelson Mandela stand. Der vorliegende Entwurf ist mit Sicherheit ausdrucksstark, und soweit ich das beurteilen kann, kein klassisches Denkmal, was bestimmt gut ist. Ich bin zuversichtlich, daß es gelingen wird, hier ein starkes Zeichen gegen Rassismus und für Menschenrechte zu setzen. Denn gegen Rassismus, für Menschenrechte und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, ist nicht nur eine ehrenwerte Tradition, sondern von aktueller Bedeutung!

Ernst Nevrivy

Bezirksvorsteher Wien 22., Donaustadt (SPÖ)

Ein Denk- und zugleich Mahn-Mal. Für Freiheit, Menschenrechte und Integration im Wien des 21. Jahrhunderts ist eine Chance, noch dazu weil es Richtung Osten zeigt.

Franz Fischler

ehem. österreichischer EU-Kommissar (ÖVP)

Nelson Mandela war wahrlich ein großer Mann und ein noch größerer Mensch. Nelson Mandela hat für Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft, dafür hat er unsägliches Leid auf sich genommen. Folter und viele Jahre Gefängnis waren Teil seines Lebens. Trotz dieser negativer Erlebnisse reichte Nelson Mandela nach seiner Freilassung seinen einstigen Peinigern die Hand. Dieses Verzeihenkönnen, dieses „Auf andere Zugehen“ zeichnete Nelson Mandela aus. Er und sein Wirken muß Vorbild für uns sein. Daher sollten wir diesem großartigen Menschen auch in Wien ein würdiges Denkmal setzen.

Georg Niedermühlbichler

Landtagsabgeordneter und Gemeinderat (SPÖ)

Wien braucht ein Nelson Mandela-Denkmal, weil ... die Verdienste Nelson Mandelas im Kampf gegen Unterdrück-

kung und soziale Ungerechtigkeit von Wien als Menschenrechtsstadt entsprechend gewürdigt werden müssen. Trotz seiner langen Haft und unmenschlichen Behandlung wich Nelson Mandela nie von seinem Weg ab, den Übergang von der Apartheid zu einem demokratischen Südafrika versöhnlich und gewaltfrei zu gestalten.

Heidemarie Sequenz

Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin (Die Grünen)

„Solange Armut, Ungerechtigkeit und Ungleichheit in der Welt fortbestehen, kann keiner von uns wirklich ruhen.“ Dieses Zitat von Nelson Mandela ist für mich Ansporn, aber auch Auftrag. Für mich als Menschenrechtspolitiker heißt es in Gedenken an Nelson Mandela, mir immer bewußt zu machen, daß Ungleichheit besonders jene trifft, die durch Flucht oder andere zwingende Gründe ihre Heimat verlassen mußten. Und es bedeutet für mich dafür einzusetzen, daß sich Ungerechtigkeiten nicht fortsetzen. Es ist eines meiner Ziele in meiner Tätigkeit, eine ungerechte und ungleiche Gesellschaft, egal in welchem Bereich – sei es sozioökonomisch, sei es auf Grund von Bildung oder Bildungschancen oder auf Grund von Gewalt und Krieg – bei uns zu minimieren.

Nikolaus Kunrath

Landtagsabgeordneter und Gemeinderat (Die Grünen)

Wien braucht ein Nelson Mandela-Denkmal, weil... es uns daran erinnert, daß Menschenrechte schwer erkämpft wurden und wir darauf achten müssen, dieses wertvolle Gut auch für die Zukunft zu sichern! Wenn ich den Entwurf sehe, dann denke ich an... den langen, schmerzvollen, aber letztendlich erfolgreichen Weg, den Nelson Mandela gegangen ist, um gegen Diskriminierung und für Menschenrechte in seinem Land zu kämpfen.

Gerhard Schmid

Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses Kultur und Wissenschafts- und Bundesbildungsvorsitzender der SPÖ

Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die diese würdige Gedenkfeier in ehrenamtlicher Arbeit ausgerichtet haben, u.a. Katharina Grascher, Helena Hornung, Janina Hubmann, Birgit Reiter, Walter Sauer, Lydia Williams, Manfred Sauer, David Stier, Rusty Manuel, Manuela Kormout, Dean Vermeulen und Kajal Seevaparsaid. Besonderer Dank gebührt zudem unseren Kooperationspartner/inne/n in der Bezirksvertretung

FORUM SÜDLICHES AFRIKA

in der SADOCC-Bibliothek
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 19.00 Uhr

Schiffswracks
rund um's Kap der Guten Hoffnung
Globale Verkehrsverbindungen im Spiegel der Meeresarchäologie
Walter Sauer (Univ. Wien)

Die Meere um das Kap der Guten Hoffnung gelten als der „größte Schiffsfriedhof der Welt“. Versunkene oder gestrandete Wracks – heute oft touristische Anziehungspunkte – erzählen vom Wachstum des globalen Handels, von kolonialen Strategien und humanitären Tragödien.

Donaustadt (Ernst Nevrivy und Christian Stromberger), der Kulturgarage/VHS Donaustadt (Karl Dworschak und Team), im Yella Yella! Nachbar_innentreff (Hilde Grammel) sowie bei wien3420 (Gerhard Schuster und Ingrid Spörk).

Preis für Museumsprojekt.

SADOCC – seit kurzem das „zuständige“ Mitglied für Südafrika im „Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN“ (INDABA 115/22) – erhält eine der drei diesjährigen PaN-Projektunterstützungen. Mit diesen werden karitative, soziale, kulturelle und künstlerische Projekte von Mitgliedsgesellschaften ausgezeichnet, die von einer unabhängigen Jury als förderungswürdig eingestuft wurden. Das Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro wird von SADOCC dem lokalen Museum in Simon's Town bei Kapstadt für Workshops mit Jugendlichen zur Verfügung

gestellt. Die feierliche Überreichung der Preise erfolgt am 3. November im Wiener Rathaus.

Bibliothek: Für die Überlassung wertvoller Literatur (nicht nur) zu Zimbabwe bedanken wir uns bei Min. Rat i. R. Dr. Franz Breitwieser sehr herzlich! ■

free.image

Eröffnung der Fotoausstellung der südafrikanischen Fotokünstler/-innen Andy Mkosi, Ruth Motau und Armand Hough

Freitag, 20. Oktober 2023

um 19 Uhr
OÖ Fotogalerie, Kulturquartier,
Landstraße 31, 4020 Linz

free.image steht für Freiheiten
beim Fotografieren, dokumentier-
ten Befreiungen und Fotografien,
die gegen Klischees, aber für
Menschen sprechen.

Impressionen vom

NELSON MANDELA-TAG

von Birgit Reiter, Janina Hubmann und Alois Reisenbichler



Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

[illegible]

ABSCHLUSSKONFERENZ

BEGEGNUNG SÜDLICHES AFRIKA

Arbeit und Leben global gedacht

Dienstag, 5. Dezember 2023

13.00 bis 16.30 Uhr

ORT Großer Saal der Gewerkschaft GPA

Wien 3., Alfred-Dallinger-Platz 1

U3 Station Schlachthausgasse, Ausgang Schlachthausgasse

mit **Freya Grünhagen** (Friedrich Ebert-Stiftung Windhoek, voraussichtlich online),

Horst Kleinschmidt (Kapstadt, real) u. a.

Arbeitskreise zu Südafrika, Namibia, Zimbabwe und Moçambique

Wir ersuchen um Anmeldung unter

dialogprojekt@sadocc.at

Im Anschluß:

FESTVERANSTALTUNG

30 Jahre SADOCC 🙌



Dienstag, 5. Dezember 2023

17.00 bis 21.00 Uhr

ORT Großer Saal der Gewerkschaft GPA

Wien 3., Alfred-Dallinger-Platz 1

Mit Rückblicken auf unsere Tätigkeit

Diskussion „Perspektiven österreichischer Solidarität mit dem Südlichen Afrika“

MUSIK Izethekeli Band

Afrikanisches Buffet

Wir ersuchen um Anmeldung unter

office@sadocc.at